

Antrag Nr. an die Landesfachbereichskonferenz FB 5 11.12.2010

Antragsteller:	Bezirksfachbereichsvorstand FB 5
-----------------------	---

Titel des Antrages:	Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit zum gesellschaftlichen Projekt entwickeln
----------------------------	--

Die Bezirkskonferenz Hannover/Leine-Weser möge beschließen und an den Bundeskongress weiterleiten:

Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung der Erwerbsarbeit wird zu einem Schwerpunkt der gewerkschaftspolitischen Strategiediskussion in ver.di mit dem Ziel, Arbeitszeitverkürzung als tarifpolitische Forderung durchsetzungsfähig zu machen und die Umverteilung der Erwerbsarbeit zu einem gesellschaftlich getragenen Projekt zu entwickeln.

Arbeitszeitverkürzung wird Bestandteil des Projekts „Gute Arbeit“. In die Kampagne „Gerecht geht anders“ wird Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung der Erwerbsarbeit aufgenommen. Dazu werden die vorhandenen Materialien aktualisiert und verstärkt und zielgerichtet in die gewerkschaftliche Debatte eingebracht. Auf allen Ebenen von ver.di werden Veranstaltungen zu Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitpolitik initiiert, um Funktionäre und Mitglieder für Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit zu begeistern und kampfbereit zu machen.

Senkung der gesetzlichen und tariflichen Höchstarbeitszeiten, kurze Vollzeit, Arbeitszeitregelungen für besondere Lebensphasen (befristete Teilzeit, Sabbatjahr...) mit existenzsicherndem Einkommen für alle Beschäftigungsverhältnisse sind arbeitszeitpolitische Ziele, die sowohl in gesetzlichen Initiativen (Arbeitszeitgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz) als auch in der Tarifpolitik umzusetzen sind. Dabei sind die unterschiedlichen Vorstellungen, Wünsche und Ängste von Beschäftigten, Erwerbslosen und ihren Familien aufzunehmen, Gemeinsamkeiten zu formulieren und die Sehnsucht nach guter Arbeit und gutem Leben in eine gesellschaftliche Bewegung zur Umverteilung von Arbeit zu entwickeln.

ver.di bringt eine arbeitszeitpolitische Initiative in den DGB ein, mit dem Ziel, gewerkschaftsübergreifend ein gesellschaftspolitisches Projekt zur Umverteilung der Arbeit breit zu verankern und die Akzeptanz und Durchsetzungsmacht für gesetzliche und tarifliche Arbeitszeitverkürzung zu erreichen.

Begründung:

Die Krise hat es gezeigt: Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze. Würde diese mit verschiedenen Instrumenten vollzogene Verkürzung der Arbeitszeit beibehalten und auf weniger krisenbetroffene Branchen übertragen, können mehr als 1 Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzlich können Minijobs und unzureichende Teilzeitjobs zu existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen aufgestockt werden. Eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens ist möglich! Wir können uns nicht damit abfinden, dass eine erwartete Erwerbslosenzahl von ca. 3 Millionen als Erfolg gefeiert wird!

Die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften – auch in ver.di – war in den vergangenen Jahren geprägt von dem – oft erfolglosen - Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung. Die tariflichen

Antrag Nr. an die Landesfachbereichskonferenz FB 5 11.12.2010

und tatsächlichen Arbeitszeiten der Beschäftigten haben sich in vielen Bereichen – u.a. auch im öffentlichen Dienst - erhöht. Es ist Zeit, diese Entwicklung zu stoppen und Arbeitszeitverkürzung wieder zur tariflichen und gesellschaftlichen Forderung zu erheben. Damit unterstreichen wir den Willen, unser in der Grundsatzerklärung formuliertes Leitbild „Die Entwicklung der Produktivität und ein gerechter Zugang für alle zur guten Arbeit verlangen kürzere Arbeitszeiten“ Realität werden zu lassen.

Arbeitsverdichtung, Überarbeit und Entgrenzung der Arbeitszeiten mit allen ihren negativen Auswirkungen (Schädigung der physischen und psychischen Gesundheit, zu wenig Zeit für Familie und gewerkschaftliche, politische und kulturelle Aktivitäten) auf der einen Seite, prekäre Arbeit wie geringe Teilzeit, Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse und Null-Arbeit auf der anderen Seite sind das Bild einer Gesellschaft, die inzwischen von mehr als 70 Prozent der Menschen als ungerecht empfunden wird. Auch für die Verteilung der Arbeit gilt: „Gerecht geht anders!“

Mit dem Projekt „Gute Arbeit“ haben die Gewerkschaften die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt gestellt. Das ist richtig und notwendig. Gute Arbeit bedeutet aber auch Arbeit, die ihre Begrenzung findet, die ein gutes Leben ermöglicht. Deshalb muss das Projekt „Gute Arbeit“ die Verkürzung der Vollzeit und die Umverteilung der Erwerbsarbeit aufnehmen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Entscheidung:

- beschlossen
- mit Änderung beschlossen
- zurückgestellt
- abgelehnt